

Eltern empört

Machtspiele auf Kosten unserer Kinder!

Wie Schulreform-Gegner Walter Scheuerl die Familien der Test-Primarschüler unter Druck setzt

Helle Aufregung bei den Eltern der 860 Kinder an den Test-Primarschulen. Die Initiative „Wir wollen lernen“ fordert, dass sofort all diese Kinder von den 23 Starterschulen auf Stadtteilschulen und Gymnasien umgemeldet werden. Anwalt Walter Scheuerl begründet den Vorstoß damit, dass alles andere gegen das Schulgesetz verstoße. Die Schulbehörde sieht das anders. Sie will den Kindern ermöglichen, bis zum Ende der Klasse sechs auf ihren Schulen zu bleiben – wenn sie es wollen.

In einer Woche geht an Hamburgs Schulen der Un-

SANDRA SCHÄFER

terricht wieder los. Doch die 860 Fünftklässler der Starter-Primarschulen müssen plötzlich bangen. Die Bildungsbehörde betont zwar, es gebe einen Vertrauensschutz und der Schulstart verlaufe wie geplant, doch die Initiative „Wir wollen lernen“ schreibt in einem Brief an die Schulsenatorin: „Wir haben Sie deshalb aufzufordern, die betroffenen Familien (...) schon jetzt unmittelbar (...) aufzufordern, die betroffenen Kinder an Stadtteilschulen und Gymnasien umzumelden.“

Reine Schikane? „Nein“, sagt Walter Scheuerl. „Nur so können die Kinder an den neuen Schulen das Einschul-

ungserlebnis miterleben und sich als Teil der Klassengemeinschaft fühlen.“ Das bringt Eltern auf die Palme. „Wie kann dieser Mann sich zu unserem Elternsprecher aufschwingen? Wir haben völlig konträre Interessen!“, betont Sylke Känner. Ihr Sohn Anton (10) geht auf die Starterschule Grumbrechtstraße (Harburg). Sie möchte, dass er weiter dort unterrichtet wird.

Die Elternkammer vermutet, dass die Initiative mit solchen Briefen die betroffenen Eltern verunsichern will. Elternkammer-Chef Peter Albrecht: „Ziel ist es

wohl, den Start von längerem gemeinsamen Lernen auch an diesen Standorten und entgegen dem Willen der Eltern zu verhindern.“ Die Elternkammer fordert von der Schulbehörde das genaue Gegenteil: Sie soll den Kindern der Starterschulen das gemeinsame Lernen bis zum Ende von Klasse sechs ermöglichen. Wenn die Eltern es wollen.

Ties Rabe, schulpolitischer Sprecher der SPD, stärkt den Betroffenen den Rücken: „Der juristische Aspekt ist nicht entscheidend. Der Wille der Eltern zählt.“